Nr. 18 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 20. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 19 528, 19 538, 19 537, 17 196. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 33 mm breit, M. 1.30, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 83 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttopreise 10 v. H. Zuschlag. Belegegebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25 ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Annahme des Betriebsrätegesetzes

Am gestrigen Sonntag ist das vielumstrittene Betriebsrätegesetz in der Kommissionsfassung von der Nationalversammlung angenommen worden. Aber der heftige Widerstreit wird damit kaum zu Ende sein. Die Wahlen zum Reichstag rücken heran, und die extremen Parteien rechts und links werden zweifellos aus dem Rätegesetz auf ihre Art ihre Wahlparolen zimmern. Kein Zweifel, daß die mittleren gemäßigten Parteien, wie immer, die Zeche werden bezahlen müssen. Der Bolschewismus, der bei uns unverhüllt, oder kaum verhüllt gerade mit der ewigen Räteforderung und ohne einen neuen Gedanken die Massen aufwirbelt, wird den Vermittelnden ebenso die Folgen seiner blutigen Agitation, die Geschehnisse vor dem Reichstag in die Schuhe schieben, wie die Rechte sie für alle Folgen dieses Gesetzes verantwortlich machen wird.

Die Mittelparteien werden sich mit guten Gründen wehren können. Sie dürfen sagen, daß sie weit, sehr weit den sozialen Anschauungen ihrer Zeit entgegengekommen sind. Daß sie als soziale Friedensstifter zu wirken sich in positiver Arbeit ehrlich gemüht und versucht haben, den Produktionsprozeß nicht nur mit der Kampferspritze zu beleben. Ihre Meinung war, ein solches Betriebsrätegesetz gebe dem Arbeiter die Möglichkeit, dem Arbeitgeber die Hand zu reichen zu gemeinschaftlicher, segenbringender Tätigkeit. Die Väter des Gesetzes bestreiten ihm nicht seine nur allzu deutlich sichtbaren Mängel. Aber das alles wird nicht gehört und nicht gewürdigt werden von denen, die auch bei dieser Gelegenheit Alles-oder-Nichts-Politik mit allen Mitteln rücksichtslos getrieben haben.

Wenn man gesehen hat, mit welcher Verlogenheit man das Kompromiß verfälscht hat, dann kann man sich einen Begriff machen davon, was machtgierige Auslegungskünstelei mit dem fertigen Instrument versuchen wird. Und man kann die Sorge nicht einmal abschwächen, daß die guten Absichten des Gesetzgebers auch bei der Anwendung und Ausführung des Gesetzes überrannt werden. Zur gleichen Zeit, als die roten Wogen den Reichstag umbrandeten, wo man über Betriebsräte verhandelte unter dem Druck der Straßenagitation, kamen die amtlichen Zeitungen der russischen Räterepublik nach Deutschland, und man las die Verordnung, in der es wörtlich heißt: „Die Betriebsräte, die dazu berufen waren, Ordnung in den Fabriken zu schaffen, haben nur geschadet und den letzten Rest von Disziplin zum Schwinden gebracht sowie eine vollständige Verschleuderung des Fabrikinventars nach sich gezogen. Alle diese Umstände haben uns gezwungen, die Betriebsräte aufzuheben." An die Stelle der „konstitutionellen Fabrik" tritt eine harte Diktatur, die jeden Arbeiter, der sich ihr widersetzt, mit nichts Geringerem als der Todesstrafe bedroht. Das tut Lenin, der Mann des Rätegedankens! Und das gibt zu denken. Welche Zustände müssen die Betriebsräte herbeigeführt haben, wenn die Räterepublik Rußland sie beseitigt. In dieser Weise beseitigt!

Schauen wir nach Westen (nachdem wir die Niederlegung des Betriebsrätesystems im Osten mitangesehen haben), so leuchtet uns das Verbot der feindlichen Machthaber im Rheinland entgegen, die für ihren wichtigen Produktionsbezirk das Gesetz mit einem Federstrich bereits annulliert haben. Muß man nicht voraussehen, daß die rechtsrheinische Industrie die Hemmungen und Schwierigkeiten doppelt stark empfinden wird, die das Betriebsrätegesetz mit sich bringt? Sie wird sich zu der linksrheinischen Verwaltung hingezogen fühlen und die Agitatoren der Entente werden ihr sagen, daß man ihr ein Gesetz aufzwinge, das die russische Republik soeben abgeschafft habe, weil es die Industrie vernichte. Mit allen Mitteln werden sich in diesem für sie günstigen Augenblick auch die Agitatoren der Rheinrepublik auf der rechten Uferseite einstellen. Im Osten aber wird der Haß aller Landwirte gegen Berlin erneut flammen. Ihnen kommt scheinbar ja eben das Heil aus dem Osten; die Bolschewisten gegen die Betriebsräte! Was sich da in der nächsten Zeit mit dem Agitationsstoff des Betriebsrätegesetzes anfangen läßt, ist gar nicht abzusehen. Zur Einigung Deutschlands wird es nicht beitragen. Weder im Westen noch im Osten. Also gerade da nicht, wo die Abbröckelungsgefahr am größten ist.

Es gehört ein starker Glaube an die Einsicht deutscher Menschen dazu, sich dennoch Gutes von dem Betriebsrätegesetz zu versprechen. Wir müssen leider gestehen, daß unsere Befürchtungen viel stärker sind als dieser Glaube. Man kann bei gutem Willen gewiß Gutes mit einem Gesetz erzeugen. Aber gerade der gute Wille fehlt ja leider überall. Und wenn jetzt neutrale Auslandsfirmen bisher noch gewährte Kredite kündigen, weil sie überzeugt sind, daß die Betriebsunsicherheit mit dem Betriebsrätegesetz steige und damit in arithmetischer Progression die Kreditfähigkeit der deutschen Industrie sinke, so kann einem das nicht gerade neue Hoffnungen einflößen.

Dennoch! Wir dürfen den Mut nicht sinken lassen. Das Gute gewollt zu haben, verleiht moralische Kraft. Und wer als Besonnener Vernunft gepredigt hat, dem muß schließlich einmal die Vernunft, die doch nicht ewig von verhetzter Leidenschaft unterdrückt werden kann, bestätigen, daß er lieber Opfer gebracht hat, als sich im Sinne irgendwelcher Extremisten bequem oder marktschreierisch zu verhalten. Nichts ist leichter als die Politik der Straße, die schwerste aber die der Besonnenheit. Wer wirklich sozialen Frieden und wirtschaftlichen Aufbau anstrebt, darf sich nicht durch irgendwelchen Lärm betäuben lassen. Und nicht durch Wahlparolen von der Art, wie das Betriebsrätegesetz zweifellos eine sein wird.

Die Sicherung der Nationalversammlung

Berlin, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Für die am Sonntag tagende Nationalversammlung waren wieder umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen worden. Sämtliche Portale des Reichstagsgebäudes waren mit Maschinengewehren besetzt, die Zufahrtsstraßen zum Reichstag durch Posten der Sicherheitspolizei gesperrt. Nur amtliche Ausweise gewährleisteten die Passage. Zahlreiche Mannschaften bewegten sich durch den Tiergarten und hielten Neugierige vom Reichstag fern. Ansammlungen waren nicht zu bemerken. Die Zugänge zur Wilhelmstraße von den Linden bis zur Leipziger Straße waren durch Drahtverhaue gesperrt. Die angekündigten Massendemonstrationen kamen infolge der militärischen Maßnahmen in den Außenvierteln nicht über Vorbereitungen hinaus.

Vom Untersuchungsausschuß

* **Berlin, 19. Januar.** Der parlamentarische Untersuchungsausschuß wird, wie die „Post" erfährt, voraussichtlich am 10. Februar wiederzusammentreten und zunächst geheime Sitzungen abhalten. Die öffentlichen Sitzungen sollen in der zweiten Hälfte des nächsten Monats wiederaufgenommen werden.

Schließung von Eisenbahnwerkstätten

Die Regierung hat die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. beauftragt, die Eisenbahnhauptwerkstätte Nied, die größte, modernste und bestausgestattete Lokomotivwerkstätte des Bezirkes, wegen Unwirtschaftlichkeit zu schließen. Die Schließung ist Sonnabend nachmittag erfolgt. Sämtlichen Arbeitern ist das Dienstverhältnis zum 2. Februar unter Lohnzahlung bis zu diesem Tage gekündigt und auf ihre Dienste von jetzt an verzichtet worden.

Schon im Vorjahre entsprachen die Leistungen der Werkstätte trotz der Vervielfachung der Arbeiterzahl nicht annähernd mehr den früheren Leistungen. Nachdem zu Beginn des Jahres die Arbeiterschaft zur Erreichung einer Lohnaufbesserung den Beschluß gefaßt hatte, nach „Vorschrift" zu arbeiten, ging die Leistung von Tag zu Tag weiter zurück. Seit mehreren Tagen war der Arbeiterschaft bekanntgegeben worden, daß die Löhne aller Arbeiterklassen vom 1. Januar beträchtlich erhöht werden, so der Höchstlohn der Handwerker von 2,40 auf 3,50 M. für die Stunde. Während in andern Werkstätten daraufhin die Leistungen auf die frühere Höhe zurückkehrten, sank in Nied das Arbeitsergebnis derart, daß von ernst zu nehmender Arbeit überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte. Die Regierung glaubt, eine fernere Vergeudung von Staatsgeldern nicht mehr verantworten zu können. In keiner andern der großen Hauptwerkstätten des Bezirkes Frankfurt bestehen auch nur annähernd ähnliche Verhältnisse.

Außer der Hauptwerkstätte in Nied hat die Regierung auch noch die Eisenbahnhauptwerkstätten in Wedau und Mülheim-Speldorf im Eisenbahndirektionsbezirk Essen sowie die Eisenbahnhauptwerkstätten Nippes und Krefeld-Oppum im Eisenbahndirektionsbezirk Köln geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Ferner war den Eisenbahnarbeitern bei der Betriebswerkstätte in Kirchweyhe im Eisenbahndirektionsbezirk Münster, die zunächst in passive Resistenz und dann gleichfalls in einen wilden Streik getreten waren, eine Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit gesetzt worden. Da die Arbeiter trotzdem weiterhin dem Dienste fernblieben, sind sie gleichfalls entlassen worden.

Eine merkwürdige Hilfspolizei

Essen, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der militärische Oberbefehlshaber in Hamborn hat die dortige Hilfspolizei aufgelöst und ihre sofortige Entwaffnung sowie die Festnahme ihres Führers, des Polizeikommissars Weyand, angeordnet mit der Begründung, daß sich die Hilfspolizei bei den Unruhen am 12. Januar nicht nur vollkommen untätig verhalten habe, sondern daß sich auch einige Mitglieder bei den Plünderungen als Anführer beteiligt hätten.

Ein polnischer Ueberfall

Von amtlicher militärischer Stelle wird mitgeteilt:

Mit dem polnischen Verbindungsoffizier beim Gouvernement Thorn war am 15. Januar vormittags schriftlich vereinbart worden, daß die Polen im Abschnitt Argenau am 17. Januar um 10 Uhr vormittags ihre vordere Linie überschreiten. Die deutschen Truppen sollten um die gleiche Zeit die Linie Seedorf—Walkow—Suchatowka mit ihren letzten Teilen überschritten haben. Dieses Abkommen wurde am 15. Januar nachmittags durch den polnischen Verbindungsoffizier mittels Kuriers der polnischen Befehlsstelle übermittelt.

Am 17. Januar etwa 5 Uhr 30 Minuten vormittags wurde die Feldwache am Stellwerk südlich Argenau von polnischen Truppen überfallen. Ein Mann der acht Köpfe starken Wache ist mit der Meldung zurückgekommen. Der Kompagnieführer der Maschinengewehrkompagnie ließ darauf zwei Maschinengewehre am Südrande Argenaus in Stellung bringen. Gegen 8 Uhr 15 Minuten vormittags gingen starke polnische Schützenlinien umfassend gegen Argenau vor. Bei dem sich entwickelnden Gefecht nahmen auch mehrfach Einwohner der Stadt teil. Die Besatzung Argenaus, ein Zug Maschinengewehre und Teile einer Infanteriekompagnie, wurde zum Zurückgehen gezwungen. Der größte Teil der deutschen Besatzung mit einem Teil der Pferde und Fahrzeuge geriet in Gefangenschaft. Die Höhe der blutigen Verluste ist noch nicht bekannt.

Der polnische Verbindungsoffizier ist mit einem Offizier des Gouvernements Thorn und dem Führer der Maschinengewehrkompagnie zur Aufklärung und Feststellung des Tatbestandes nach Argenau gefahren. Das Gouvernement Thorn hat sofortige Herausgabe der Gefangenen mit Waffen sowie sämtlicher Pferde und Fahrzeuge verlangt.

Die Befehlsstelle des 17. Armeekorps teilt weiter mit: Thorn ist geräumt worden. In der Stadt herrscht Ruhe und Ordnung. Der Abmarsch verlief, abgesehen von dem Falle Argenau, über den noch Verhandlungen schweben, ohne Reibungen. Die Uebernahmekommission ist bereits tätig. Ein Generalstabsoffizier verbleibt noch einige Tage in Thorn.

Die Auslieferung Wilhelms II.

Die Frage der Auslieferung Wilhelms II. ist in ein neues Stadium getreten. Die Alliierten haben offiziell von Holland die Auslieferung verlangt. Dutasta hat, nach einer Meldung aus Paris, dem holländischen Gesandten in Paris eine Note des Obersten Rates überreicht. Nach einem Funkspruch enthält die Note 900 Worte und ist unverzüglich dem holländischen Minister des Aeußern übermittelt worden. Ueber die Auffassung in Frankreich über die Aburteilung Wilhelms II. geben die folgenden Meldungen Aufschluß:

Rotterdam, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Reuter meldet am Sonnabend früh aus Paris: **Die Alliierten werden sich mit einer Weigerung Hollands, den Kaiser zur Aburteilung auszuliefern, nicht zufrieden geben. Sofern Hollands Entscheidung tatsächlich ablehnend sein sollte, haben die Alliierten Vorkehrungen getroffen, den Kaiser durch Deutschland, das einen Rechtsanspruch auf seine Auslieferung hätte, für die Alliierten anfordern zu lassen. Die „Times" melden: An eine Verzichtleistung der Alliierten auf Aburteilung Wilhelms II. ist nicht zu denken. Die Alliierten sind entschlossen, den Kaiserprozeß unter allen Umständen bis zum Frühjahr durchzuführen.**

* **Haag, 19. Januar.** Der „Nieuwe Courant" erfährt, daß die holländische Regierung das eingegangene Gesuch um Auslieferung des Kaisers, das nur die Unterschriften Clemenceaus, Lloyd Georges und Nittis trägt, in Uebereinstimmung mit dem beantworten wird, was Gesetz und Verträge vorschreiben, mit andern Worten: sie wird es ablehnen.

Berlin, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Die Kommission zur Vorbereitung der Auslieferung der schuldigen Deutschen an die Entente ist gestern in Berlin eingetroffen. Die Kommission hat 18 Mitglieder und steht unter französischer Leitung.**

Die Erregung über die Auslieferungsnote der Entente wird in Deutschland allgemein sein. Denn die Alliierten spielen der Welt diesen Kaiser-Prozeß doch nur als ein Racheschauspiel vor. Weder im Namen der Gerechtigkeit noch in dem des Weltfriedens werden sie ein Urteil über den Kaiser sprechen können. In Deutschland wird eine neue nationalistische Welle, die damit beschworen werden kann, nur Wasser auf die Mühle der reaktionären Kreise treiben. Welchen Vorteil die Entente von einer Stärkung gerade dieser Kreise haben sollte, bleibt unerfindlich.

Eine demokratische Entschließung

* **Magdeburg, 19. Januar.** Der Gesamtvorstand der Deutschen Demokratischen Partei in Magdeburg hat eine Entschließung gegen die verlangte Auslieferung Deutscher an die Alliierten gefaßt. Es wird mit allem Nachdruck das Ausscheiden der Mitglieder der Demokratischen Partei aus der Regierung verlangt, sobald diese sich entscheiden sollte, der Auslieferung zu entsprechen. — Auch die bayrische demokratische Landtagsfraktion brachte den Antrag ein, die bayrische Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß von dieser alles geschehe, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Auslieferung, deren Erfüllung Regierung und Volk mit unauslöschlicher Schmach bedecken müßte, nicht zur Ausführung kommen zu lassen.

Die Rückkehr aus der Gefangenschaft

× **Köln, 18. Januar.** Die Reichsstelle Köln für Kriegsgefangenenrückkehr teilt mit: Abends beginnt die Abfahrt der deutschen Leerzüge zur Heimschaffung unsrer Kriegsgefangenen aus Frankreich. Das Eintreffen der ersten Züge in den Durchgangslagern wird sofort bekanntgegeben.

Berlin, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag mittag wird das Eintreffen der ersten Gefangenenzüge aus Frankreich auf deutschem Boden erwartet.

Die Franzosen am Rhein

w. **Mainz, 19. Januar.** (Eig. Drahtbericht.) Es wird gemeldet: Die Entente hat beschlossen, sämtliche deutschen Rhein-Schiffe zu beschlagnahmen. Nur Schiffe, die über zehn Jahre alt sind, bleiben in deutschem Besitz. Weiter wird berichtet, daß das Kohlensyndikat in Duisburg durch die Franzosen beschlagnahmt worden ist. Sämtliche Ruhrkohlen werden zunächst durch Frankreich geleitet; nur die übrigbleibenden Kohlen soll Deutschland erhalten.

Ein guter Vorwand für die Franzosen

Genf, 19. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Infolge der Eisenbahner- und Industriearbeiter-Streikbewegung im besetzten deutschen Gebiet werden vom 20. Januar an die französischen Besatzungstruppen um 3200 Mann verstärkt. Auch die Belgier und Engländer bereiten eine Vermehrung ihrer Garnisonen im besetzten Gebiet zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung vor.

Begnadigung des Grafen Arco

Das Volksgericht beim Landgericht München I hatte in seinem gegen den Grafen Arco-Valley einstimmig gefällten Urteil folgendes ausgesprochen: „Von einer Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte konnte keine Rede sein, weil die Handlungsweise des jungen, politisch unerfahrenen Mannes nicht niedriger Gesinnung, sondern der glühendsten Liebe zu seinem Volke und Vaterlande entsprang und ein Ausfluß seines Draufgängertums und der in weiten Volkskreisen herrschenden Empörung gegen Eisner war, weil ferner der Angeklagte seine Tat in allen ihren Einzelheiten ohne jeden Versuch einer Beschönigung oder Verschleierung mit offenem Edelmut in achtunggebietender Weise als aufrechte Persönlichkeit eingestanden hat." Demzufolge hat das bayrische Gesamtministerium beschlossen, gnadenweise die Todesstrafe in lebenslängliche Festungshaft zu mildern.

Zentrum und Reichseinheit

Am heutigen Montag beginnt in Berlin die Tagung der Zentrumspartei, die nicht weniger Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt als die vorausgegangenen Tagungen der neugegründeten Parteien, denn von dem Ausgang dieser Zusammenkunft hängt nicht nur der innere Zusammenhalt der Zentrumspartei, sondern auch die Stärke, wenn nicht gar der Bestand der augenblicklichen Regierungskoalition ab. Es ist daher unerläßlich, einen Blick zu werfen auf die Ursachen, die zu der nach der Stuttgarter Rede Erzbergers und dem darauf folgenden Beschluß des bayrischen Zentrums zutage getretenen Spannung im Zentrum führten.

Der Keim zu dem Konflikt, der jetzt in der Zentrumspartei ausgebrochen ist, wurde schon bei der Gründung der Partei im Anfang der siebziger Jahre gelegt. Damals war das Zentrum in dem überwiegend protestantischen neugegründeten Reich entstanden zur Verteidigung der Interessen der katholischen Volkskreise. In der darauf folgenden Kulturkampfepoche erstarkte es und wurde zu einer politischen Macht, je mehr der Liberalismus verfiel und von Bismarck aufgegeben wurde. Am Ende der siebziger Jahre war dieser Auflösungsprozeß vollendet. Der Liberalismus schied aus als politischer Machtfaktor, und an seine Stelle trat das ihm in kulturellen und politischen Fragen vielfach entgegengesetzte Zentrum. Im bewußten Gegensatz zu dem seiner Natur nach zentralistischer Liberalismus hatte die Reichstagsfraktion dieser Partei als ersten Punkt ihres Programms folgenden Satz aufgestellt:

„Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, demgemäß den Bestrebungen, welche auf eine Aenderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielen, entgegengewirkt und von der Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit der einzelnen Staaten in allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als das Interesse des Ganzen unabweislich fordert."

Dieser Grundsatz gab heute den letzten Anlaß zum Ausbruch des Konflikts, den letzten Anlaß, nicht aber den alleinigen, denn mit ihm wirkten noch andre Parteigegensätze zusammen.

Die Stellung, die sich das Zentrum bald im föderalistischen Staat Bismarcks geschaffen hatte, bewahrte es unerschüttert bis in die letzte Zeit, trotz dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, zu dessen festesten Stützen es sich zählte, und trotz der Revolution. Ja, die Revolution schien sogar im Anfang die Stellung des Zentrums gestärkt zu haben. Als die aus ihrer bürgerlichen Ruhe aufgescheuchten Nationalliberalen und Konservativen samt ihren Spielarten im katholischen Süden und Westen des Reiches bei den ersten Wahlen zu den Landtagen und zur Nationalversammlung sich noch zu keinem Entschluß durchgerungen hatten und nicht wußten, welcher der neugegründeten Parteien sie sich anschließen sollten, wählten sie vielfach die Vertreter der Zentrumspartei. Man glaubte, aus der Vergangenheit dieser Partei schließen zu können, daß man so sich am besten gegen die gefürchteten Sozialisierungsbestrebungen sichern könne.

Dieser Schluß erwies sich als falsch, und er war auch unbegründet, weil alle Schlüsse, die aus der Vergangenheit über die Wirtschaftspolitik des Zentrums gezogen werden, falsch sein müssen, denn diese Partei war durch ihre Zusammensetzung von jeher mehr als jede andre gezwungen, in Wirtschaftsfragen praktische Gegenwartspolitik zu treiben. Seit dem Tag ihrer Entstehung umfaßte sie alle Schichten des deutschen Volkes, den Bauer wie den Edelmann, den Handwerker und Beamten, den Arbeiter und auch den Industriebaron. Die Partei hat stets erfolgreich in den Landbezirken mit den Bauern, in der Stadt mit Beamten und Gewerbetreibenden und in den Industriebezirken mit den Arbeitern operiert. Durch die Revolution aber waren plötzlich alle Stände zurückgetreten hinter dem der Handarbeiter, die laut ihr Recht verlangen. Und dieser Forderung konnte das Zentrum, das so viele Arbeiter zu Mitgliedern zählt, nicht widerstehen, es machte Zugeständnisse, die nicht nur die in der Revolution ohne innere Ueberzeugung zu ihm Uebergelaufenen, sondern auch viele seiner alten Anhänger enttäuschte.

Damit ist nun im Zentrum eine Krisis zutage getreten, in der sich das Reich schon lange befindet, und die ihre Gründe in dem Widerstreit der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und im Kampfe verfassungspolitischer Gegensätze hat. Daß der letzte Vorstoß gerade aus Bayern, der alten Hochburg des Zentrums, kommt, kann nicht wundernehmen, denn gerade dort ist der Gegenpol zu der augenblicklich offiziell in der Nationalversammlung, oder richtiger im Reichsministerium vertretenen Zentrumspolitik. In den Kreisen des Bauerndoktors Heim herrscht die größte Unzufriedenheit mit der Fortdauer der Zwangswirtschaft auf agrarischem Gebiete, durch deren Aufhebung für Bayern nur Vorteile erwachsen können; hier ist man entrüstet über das Betriebsrätegesetz und nicht minder über die neue Steuergesetzgebung, und hier ist man in seinem Partikularismus immer noch so engherzig und spießbürgerlich wie vor dem Kriege, ja man geht sogar über diese Begriffe in letzter Zeit noch weit hinaus, indem man reichsverräterisch mit dem Gedanken eines Abfalls von Deutschland und Anschlusses an den Donaubund spielt.

Dieser Plan wird in Bayern von gewissen katholischen Kreisen gehegt, die bisher dem Zentrum nahestanden, zum Teil wohl auch ihm angehörten, aber in den Parteikämpfen nicht hervortraten, wenigstens nicht außerhalb Bayerns. Ihre Idee, der Anschluß an die Donau-Konföderation, wurde kürzlich von den „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland" vertreten. Aus diesen geht hervor, daß es sich um nichts andres handelt, wie die Wiedererweckung des Rheinbundplanes, nur soll diesmal Norddeutschland weit umfassender eingeengt und von Süden abgedrängt werden. Diese Spekulanten auf das Unglück des deutschen Volkes rechnen damit, daß Frankreich Bayern als Brücke benützen werde, um mit Rumänien, das im Donaubund die Führung übernehmen soll, eine feste Verbindung herzustellen. Zu diesem Zwecke müßte die Entente den Donau-Main-Kanal ausbauen und die Donau regulieren. Damit wäre vom Rhein zur Donau, von Frankreich nach Rumänien und von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer ein Wirtschaftsring geschlossen, der Norddeutschland isolieren, aber Bayern in sich aufnehmen würde.

In der Sitzung der Nationalversammlung am Sonnabend wurde dieser unerhörte Fall bayrischen Partikularismus, soweit er Dr. Heim, dem Führer des